

Zu meiner Person

Ich bin Jahrgang 1955. Ich habe Chemiefacharbeiter gelernt und bin über den 2. Bildungsweg an die Fachhochschule Hannover gekommen, wo ich Verfahrenstechnik studiert habe. Seit circa 25 Jahren leite ich ein Ingenieurbüro für Steuerungstechnik. Hier programmiere ich die Steuerungen für große Verfahrenstechnische Anlagen (Wasserwerke, Kläranlagen, Klimaanlagen).

Ich war schon mal Mitglied in der SPD und in der DKP und bin seit 1992 in der Bremer PDS, später Linkspartei und heute DIE LINKE aktiv. Ich engagiere mich in der IG Metall und bei ATTAC.

Ich habe mich überall, wo ich gelebt und gearbeitet habe, eingemischt. In Wunstorf, wo ich aufgewachsen bin, gegen Atomkraftwerke, an der Hochschule in der Studierendenvertretung ASTA. In Bremen acht Jahre lang als Mitglied im Beirat östliche Vorstadt und jetzt als Bürgerschafts-abgeordneter der LINKEN.

Ich lebe und arbeite gern in den zwei Welten Technik und Politik. Meine Arbeit als Ingenieur hilft mir, als Abgeordneter nicht den Blick für den Alltag vieler Menschen zu verlieren.

Liebe Bremerinnen und Bremer,

der Haushaltsnotstand in Bremen verhindert notwendige Investitionen in allen Bereichen. Es fehlt Geld zur Armutsbekämpfung und für Bildung, aber auch für die Instandhaltung von Straßen und öffentlichen Gebäuden. Den Haushalt durch weitere Kürzungen zu sanieren, richtet mehr Schaden an als es nützt.

Ich will, dass kleine und mittlere Einkommen steuerlich entlastet, große Vermögen und Erbschaften, hohe Einkommen und Gewinne höher besteuert werden. Höhere Steuern für Reiche bedeuten für alle mehr Arbeitsplätze, mehr Schulen, mehr Krippen, gebührenfreies Studium, mehr Umweltschutz und vieles mehr.

Dafür bitte ich um Ihre Unterstützung!



Klaus-Rainer Rupp
DIE LINKE. Bremen
Faulenstraße 75, 28195 Bremen
Telefon: 0421/32 06 66
Fax: 0421/32 06 67
klaus-rainer.rupp@dielinke-bremen.de



**Klaus-
Rainer Rupp:
Druck machen.
Links wählen!**

DIE LINKE.

www.dielinke-bremen.de

Unsere Politik für Bremen und Bremerhaven:

Der Schuldenberg des Landes Bremen beträgt zur Zeit etwa 18 Milliarden Euro. Jedes Jahr wachsen die Schulden Bremens zwischen 400 und 900 Millionen Euro. Das Land Bremen ist, gemessen an den zu leistenden Aufgaben der öffentlichen Hand, chronisch unterfinanziert.

Denn: Inflationsbereinigt gibt Bremen heute bereits 1 Milliarde Euro weniger aus als 1994 – durch den Abbau von 5000 Stellen im öffentlichen Dienst und durch Kürzungen unter anderem bei Bildung, Kultur, Soziales. Gleichzeitig wurde im letzten Jahrzehnt in riesigem Umfang öffentliches Eigentum verkauft. Das merkt man überall – an eingesparten Ortsämtern, an gestiegenen Gebühren, überlasteten Sachbearbeiter/innen in der Verwaltung, an den zehn Jahre lang nicht erhöhten Entgelten für Dozent/innen der Volkshochschule, an der schlechten Ausrüstung der Schulen mit Sachmitteln und Schulbüchern, an den Straßen und vielem mehr. Die Besoldung von Bremer Beamtinnen und Beamten ist mehrere Hundert Euro niedriger als im niedersächsischen Umland.

2009 haben Bund und Länder – gegen die Stimmen der LINKEN –

die sogenannte »Schuldenbremse« beschlossen. Sie schreibt vor, dass der Bund ab 2016 und die Länder ab 2020 keine neuen Schulden aufnehmen dürfen. Das soll nicht durch höhere Einnahmen erreicht werden, sondern durch ein beispielloses Kürzungsprogramm. Das Bekenntnis von SPD und Grünen zur »Schuldenbremse« ist das Bekenntnis zu einer Politik der sozialen Spaltung der Stadt, der Verarmung eines immer größeren Teils der Bevölkerung und einer Entmachtung des Gemeinwesens.

Das Finanzproblem Bremens ist nur auf Bundesebene zu lösen – durch die Wiedererhebung der Vermögensteuer, die Einführung einer Millionärsteuer von fünf Prozent, höhere Steuern auf hohe Einkommen und die Überführung der Altschulden in einen Bundesfonds.

Bremer Haushaltspolitik darf sich nicht dem Diktat der »Schuldenbremse« beugen. Die Zukunft der sozialen Sicherheit und der Erhalt der öffentlichen Infrastruktur dürfen nicht einer verfehlten Steuerpolitik auf Bundesebene zum Opfer fallen. Die Folgen und Folgekosten sind höher als gegebenenfalls notwendige Zinsbelastungen. Aufgabensicherung und Armutsbekämpfung haben Vorrang vor der Verringerung des Haushaltsdefizits.

Wofür DIE LINKE steht:

1. Umverteilung von oben nach unten statt Schuldenbremse! Auf Landesebene: Kürzungsprogramm verhindern. Kein Einfrieren der Ausgaben für Bildung, Arbeit, Kultur, Soziales. Kein Ausstieg aus der Tarifgemeinschaft, keine Absenkung der Tarifentgelte, keine von den Beamtinnen und Beamten zu erbringenden Sonderopfer!
2. Öffentlichen Dienst und öffentlich geförderte Beschäftigung ausbauen! Stopp des Personalabbaus. Mittelfristig 10 000 zusätzliche Arbeitsplätze durch öffentlich geförderte Beschäftigung, mehr Ausbildungsplätze im öffentlichen Dienst. Ausbau des öffentlichen Dienstes, ausreichende Finanzierung für Bürgerhäuser und Vereine.
3. Hände weg von der GEWOBA! Rekommunalisierung der Daseinsvorsorge statt Ausverkauf! Konkret: Überführung der Energie- und Wasserversorgung, der Abfallwirtschaft und der Versorgungsnetze in öffentliches Eigentum.

